

Peter Grimm

# Zwischen Prag und West-Berlin

## Das Jahr 1968 in der DDR

Denkt man bei der bedeutenden Jahreszahl 1968 an den Osten, dann natürlich an den „Prager Frühling“ und seine Niederschlagung, nicht aber unbedingt an die DDR. Der SED-Staat war Aufmarschgebiet für die Invasionstruppen und blieb ansonsten ruhig, abgesehen von einigen Protesten. Und natürlich färbte auch das West-Achtundsechzig auf die DDR-Gesellschaft ab, so wie jede Art von Zeitgeist aus dem Westen in den Osten schwappte. So jedenfalls die landläufige Vorstellung. Medienpräsident und damit im kollektiven Gedächtnis verankert sind ohnehin nur Bilder wie die von den Panzern in Prag oder der Kommune 1 in West-Berlin.

Doch die DDR hatte auch ein eigenes 1968. Dafür standen weniger medienpräzente Rebellen, eher beherzte Menschen wie Melanie Weber aus dem sächsischen Freiberg. Die junge Sekretärin war angewidert von den üblichen Unterwerfungsritualen. 1968 hieß das konkret: Die DDR-Bewohner sollten in einer Volksabstimmung am 6. April einer neuen Verfassung zustimmen, die die Herrschaft der SED quasi auf ewig festschrieb. Das hatte Melanie Weber so empört, dass sie sich an ihre Schreibmaschine setzte. Sie tippte mehrfach einen kurzen Aufruf, jedes Mal mit einigen Durchschlägen – eine andere Kopiermöglichkeit gab es nicht –, und verteilte sie in Briefkästen. Melanie Weber wollte ein Zeichen setzen gegen den tota-

litären Herrschaftsanspruch des Regimes und zeigen, dass es möglich ist, „Nein“ zu sagen. Nach den offiziellen Zahlen hatten 94 Prozent der Wahlberechtigten mit „Ja“ gestimmt, demnach aber immerhin fast eine halbe Million Menschen mit „Nein“.

Schon am Jahresanfang hatte die Volkskammer dem neuen Strafrecht zugestimmt. Hier hatten die politischen Paragraphen nun endlich ihren ordentlichen Platz – seien es nun „staatsfeindliche Hetze“, „Zusammenrottung“ oder „Nachrichtenübermittlung“. Aber auch „asoziales Verhalten“ – so breit man es auslegen konnte – wurde regulärer Straftatbestand. Nicht nur politisch Missliebige, sondern auch sozial Unangepasste konnten so jederzeit abgeurteilt werden.

Als besondere Veränderung wurde das im Lande nicht wahrgenommen, denn politische Verfolgung gehörte seit ihrer Gründung zum Alltag in der DDR und auch, dass man sie nicht als solche bezeichnen durfte. Doch bislang ergingen solche Urteile nach Strafrechtsergänzungsgesetzen oder abenteuerlichen juristischen Konstruktionen. Mit einigen weit auslegbaren Paragraphen im neuen Strafgesetzbuch wurden die Urteilsbegründungen für die Gerichte einfacher. So klangvolle Tatbestände wie „Boykotthetze“ verschwanden dafür 1968 aus dem Sprachgebrauch der politischen Strafverfolger. Am 1. Juli traten die neuen Gesetze in Kraft und viele, die im Spätsommer gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ und den vermeintlichen Einmarsch der NVA in die Tschechoslowakei protestierten, gehörten zu den ersten, die nach den einschlägigen Paragraphen aus dem neuen Strafgesetzbuch verurteilt wurden.

Zum speziellen DDR-1968 gehört nicht zuletzt auch die Sprengung der Pauliner- bzw. Universitätskirche in der Leipziger Innenstadt. Keine zwei Monate nach der „Volksabstimmung“ über die Verfassung war diese Sprengung eine sehr deutliche

Demonstration dafür, wie wenig Rücksichten das SED-Regime noch auf die Stimmung in der Bevölkerung zu nehmen gedachte. Eine vom Krieg vollkommen unversehrte Kirche einfach zu zerstören, weil sie den Herrschenden nicht ins Bild passte, musste Widerspruch hervorrufen.

Trotzdem: Zu Christi Himmelfahrt, am 23. Mai 1968, beschloss die Leipziger Stadtverordnetenversammlung mit einer Gegenstimme die „sozialistische Neugestaltung“ des Karl-Marx-Platzes. Nur sieben Tage später wurde die 728 Jahre alte Paulinerkirche in Trümmer gelegt. Doch in diesen sieben Tagen zeigte sich der Unmut der Menschen über diesen Zerstörungsakt deutlich.

Zwar wurde das Gebiet um die Kirche von Polizei und Staatssicherheit weitläufig abgesperrt und der Zutritt zur Kirche streng verboten, doch es versammelten sich immer wieder viele Menschen in der Nähe. Damit der stille Protest nicht laut wurde, gab es in der Umgebung der Paulinerkirche zahlreiche Festnahmen. Auch Bilder von der Sprengung sollte es nicht geben. Trotzdem ist sie dokumentiert. Die Fotografin Karin Wieckhorst konnte sie vom Völkerkundemuseum aus fotografieren. Ihre einmalige Dokumentation der Zerstörung findet sich in dieser Ausgabe von „Horch und Guck“.

Als die Kirche schon in Trümmern lag, hörte der Protest jedoch nicht auf. Eine kleine Gruppe Studenten schafften es am 20. Juni 1968, dass sich bei der Siegerehrung zum Internationalen Bachwettbewerb in der Leipziger Kongresshalle durch eine Zeitsteuerung ein Transparent mit der Forderung nach Wiederaufbau entrollte.

Trotzdem nimmt sich all das auch in der DDR nur wie eine Vorgeschichte zum eigentlichen traumatischen Ereignis aus: dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen, um den Reformkurs im Nachbarland mit Gewalt zu beenden.

PETER GRIMM,

geb. 1965, war 1987 Mitherausgeber und Redakteur der Ost-Berliner Untergrundzeitschrift „grenzfall“, ist Journalist, Autor von Dokumentarfilmen und seit 2007 auch „Horch und Guck“-Redakteur.

Die Fotos können aus urheberrechtlichen Gründen hier leider nicht abgebildet werden.

Quelle: Robert-Havemann-Gesellschaft

Flugblatt von Bernd Eisenfeld gegen den Einmarsch in die ČSSR.

Viele DDR-Bewohner hatten die Entwicklung in der Tschechoslowakei mit großen Hoffnungen verfolgt. Bestärkt wurden sie dabei indirekt von den SED-Funktionären, die den Kurs der Prager Genossen als „Konterrevolution“ geißelten. Kein Wunder, ein Land, das unter der Überschrift „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ die Zensur abschaffte und seinen Bürgern Reisefreiheit gab, musste für die Ostdeutschen ungeheuer attraktiv wirken. Viele reisten in diesem Sommer in die Tschechoslowakei und spürten den Reiz der neuen Freiheiten. Damit sich nicht nur von den Reformen begeisterte DDR-Bürger in Böhmen, Mähren und der Slowakei tummelten, organisierte die SED zwischenzeitlich sogar Reisen linientreuer Genossen. Über die kaum bekannte Geschichte dieser Kader-Touren ins gefährdete Nachbarland berichtet Christian Kurzweg.

Die Gefahren, die die neuen Freiheiten jenseits der südöstlichen Grenze für die SED-Diktatur bedeuteten, konnten mit solchen Mitteln natürlich nicht gebannt werden. Prägend für die Menschen in der DDR wurde deshalb, dass die Panzer rollten und wieder einmal die Hoffnungen auf ein Ende der Diktatur oder wenigstens auf eine Liberalisierung niederwalzten. Diesmal fuhren sie nicht einmal gegen Aufständische auf, wie in Ost-Berlin 1953, oder gegen eine nach einem Aufstand amtierende Regierung, wie in Budapest 1956, sondern

gegen eine herrschende kommunistische Parteiführung, die vom sowjetischen Kurs abwich. Von der SED-Führung durch Propagandaartikel unterstützt, waren die meisten Menschen überzeugt davon, dass auch die NVA gemeinsam mit den sowjetischen Truppen über die sächsisch-böhmische Grenze marschiert war.

Die Niedergeschlagenheit in der DDR war groß. Es gab nicht viele bemerkbare Protestaktionen. Doch diese äußere Ruhe ist kein zuverlässiges Indiz für die Stimmung im Land. Die Originaltöne der Zeitgenossen lassen sich in Stasi-Akten nachlesen und einige von ihnen sind dank einer Auswahl von Ilko-Sascha Kowalczuk im Heft als Fundstücke zitiert. Aber auch die Erinnerungen der Menschen aus den Grenzorten, durch die die Panzer rollten, geben ein interessantes Stimmungsbild wieder, das Ilona Scherm in einer linguistischen Studie rekonstruiert hat.

Die SED-Führung kannte diese Stimmungen und forderte trotzdem – oder gerade deshalb – Ergebnissadressen. Viele Ostdeutsche wurden gedrängt, Erklärungen, die den Einmarsch begrüßten, zu unterschreiben. Jeder wusste, dass eine Weigerung den Verlust von Aufstiegs- und Karrierechancen bedeuten konnte.

Trotz dieses Drucks gab es neben der stillen Wut auch offenen Protest gegen den Einmarsch. Es gab Briefe und Telegramme an die tschechoslowakische Botschaft in Ost-Berlin. An vielen Hauswänden tauchten Protestparolen auf, selbstgefertigte Flugblätter wurden verteilt. Das tat auch Bernd Eisenfeld in Halle am 20. September 1968. Seine Flugblätter waren schnell aufgebraucht. Am nächsten Tag wollte er die Aktion wiederholen, wurde aber schon von der Stasi erwartet und verhaftet. Im Februar 1969 wurde er für seinen Protest zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt und musste die Strafe vollständig absitzen. Manche Protagonisten der späteren Opposition waren stark durch Prag '68 geprägt, so z.B. Christoph Wonneberger und Renate Ellmenreich.

Am sichtbarsten noch zeigte sich die Auseinandersetzung in den wenigen Werken unangepasster Schriststeller, wie

Ilko-Sascha Kowalczuk und Elke Mehnert aufzeigen. Ein besonderes Fallbeispiel, den Werdegang des Schriftstellers Thomas Brasch, behandelt Sabine Sölbeck.

Doch zum Jahr 1968 in der DDR gehört natürlich ebenso die Rezeption der West-Achtundsechziger. Da sind zum einen die kritischen Intellektuellen aus der DDR, die sich in Ost-Berlin mit den Köpfen der Bewegung aus West-Berlin trafen, um über Revolution, politische Perspektiven und den Sozialismus zu diskutieren. Zum anderen waren auch im Osten vor allem viele Jugendliche von der Protestkultur, der Musik und vom Ausprobieren neuer Lebensformen begeistert.

Claudia Wegner zum Beispiel versuchte als Kindergärtnerin, antiautoritäre Erziehung in die Praxis umzusetzen. Das passte natürlich nicht in das Bild, das die SED vom Leben in der sozialistischen Gesellschaft hatte. Dies war ein Grund, warum es für die Parteipresse eine Gratwanderung war, die Aktionen und Demonstrationen im Westen entsprechend der Parteilinie darzustellen: zum einen müsste man es doch gern sehen, wenn junge Menschen unter roten Fahnen gegen das kapitalistische System auf die Straße gingen, zum anderen wollte man keine Anregungen für Protest in der DDR geben. Die Schwierigkeiten der DDR-Presse mit der Berichterstattung über 1968 im Westen zeigt Mareike Witkowski sehr anschaulich.

Auch in den anderen Ländern des kommunistischen Machtbereichs war 1968 ein prägendes und folgenreiches Jahr. Nicht nur wegen der Situation in der Tschechoslowakei, sondern auch wegen der Unruhe im eigenen Land, wie in Polen während der Studentenproteste. Weniger in Erinnerung sind die Folgen des sowjetischen Einmarschs in Prag für Jugoslawien und Rumänien. In Jugoslawien endete eine Liberalisierungsphase – beschrieben von Roland Hofwiler. In Rumänien schaffte es Parteichef Nicolae Ceaușescu, durch die Ablehnung des Einmarsches in der ČSSR im eigenen Land plötzlich populär zu werden. Es gab sogar eine freiwillige Eintrittswelle in die Kommunistische Partei, von der Richard Wagner erzählt.

Der Rückblick in einer Zeitschrift kann nur lückenhaft bleiben. Aber eines wird doch sehr deutlich: Auch die DDR war im ereignisreichen Jahr 1968 nicht nur der stille Landstrich zwischen den Brennpunkten Prag und West-Berlin.